

Start mit drei Milliarden Euro Schulden

Die Finanzexperten Teodoro Cocca und Wolfgang Baaske legten die „Startbilanz“ des Landes vor

Von Heinz Steinbock

LINZ. Das Sitzungszimmer der Landesregierung war extra ummöbliert: Für die Journalisten waren weiße Stehtische aufgestellt, ihnen gegenüber postierten sich die beiden Finanzexperten, Wirtschaftsprofessor Teodoro Cocca von der Kepler-Uni und Wolfgang Baaske vom Studienzentrum für internationale Analysen hinter einem Rednerpodium. Neben ihnen standen Landeshauptmann und Finanzreferent Thomas Stelzer, Landeshauptmann-Stv. Michael Strugl (beide VP) und Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner (FP).

„Alles zusammengerechnet“

Es sollte wohl auch ein optisches Zeichen der „neuen Finanzpolitik“ sein, die Stelzer angekündigt hatte: eine Null-Neuverschuldungspolitik. Cocca und Baaske hatten den Auftrag, dafür die „Startbilanz“ zu erstellen.

Die beiden Experten legten die Karten auf den Tisch: Oberösterreich hat knapp drei Milliarden Euro Schulden.

„Die Finanzverpflichtungen des Landes sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen“, kamen sie zu ihrem Schluss. Das sei die „Kenngröße“, sagte Baaske, denn „man wird sich irgendwann alle zurückzahlen müssen“.

Aleine die Finanzschulden im Kernhaushalt (Ist- und bereits sichere Soll-Schulden) betragen per 31. Dezember 1,471 Milliarden Euro. Damit haben sie sich seit 2008 mehr als verdreifacht.

Ausgelagerte Schulden

Wesentlich sind aber auch die Maastricht-Schulden, die auch „außerbudgetäre Einheiten“ umfassen, also vor allem die Schulden landeseigener Unternehmen und Gesellschaften. Mit diesen (1,879 Milliarden Euro) ergibt sich die Gesamtverschuldung des Landes von 2,968 Milliarden Euro.

Die hohen ausgelagerten Schulden kritisierte ähnlich auch schon der Landesrechnungshof. Cocca sagt dazu: „Bereits die Bedeckung der erwarteten Steigerungsrate der Finanzverpflichtungen stellt schon eine bedeutende Herausforderung dar.“ Wird zusätzlich investiert, was das Land müsse, um im Wettbewerb der Regionen bestehen zu können, muss der Spielraum im



Wirtschaftsexperten und Landes-Spitzenpolitiker: „Startbilanz“ präsentiert

Foto: Land OÖ/Stinglmayr

Budget deutlich erhöht werden. Die derzeit erreichte freie Finanzspitze im Budget (rund neun Prozent) reicht dazu jedenfalls nicht. Cocca und Baaske rechnen mit 150 bis 200 Millionen Euro, die jährlich aus der laufenden Gebahrung „freigeschauft“ werden müssen – also bei laufenden Ausgaben eingespart.

Stärken und Schwächen

Oberösterreich sei „noch“ in einer Position der Stärke, die Herausforderungen bei entsprechender Budgetdisziplin bewältigbar, sagen die Experten in ihrer Analyse. Noch, denn die Experten haben eindeutige Empfehlungen.

Klare Schwerpunkte müssen gesetzt werden, Strukturen optimiert und „ineffizienter Einsatz“ insbesondere im Förderwesen abgeschafft werden. Die Finanzschulden müssten „kontinuierlich abgebaut“ werden. Als Risiken gebe es „ausufernde Budgets bereits kostenintensiver Aufgabenbereiche“ (genannt wieder einmal Soziales und Gesundheit). „Die strategische Steuerung und Planung von Ausgaben ist verbesserungswürdig“, sagte Cocca. Insbesondere im Bereich der Förderungen, die nicht einfach fortgeschrieben werden könnten. Stärken habe das Land aber auch: diese seien etwa die volkswirt-

schaftliche Leistungsfähigkeit und eine Reformfähigkeit, die sich bei der Spitalsreform gezeigt habe. „Unser Schluss: Die Finanzlage ist zwar solide, aber es ist jetzt die Zeit für Änderungen“, fasste Cocca zusammen.

Die versprochen die anwesenden Landespolitiker. Mit Schuldenbegriffen werde man „nicht mehr hin und her jonglieren“, sagte Stelzer: „Das Land hat drei Milliarden Euro Schulden. Unser Weg kann nicht heißen, da noch etwas draufzupacken.“ Und man müsse feststellen, dass „wir in den letzten Jahren doch über die Verhältnisse gelebt haben“.

„Bei null anfangen“

Für 2018 sei bereits ein „Zero budgeting“ vorgesehen: Alle Ausgaben müssen neu bewertet und begründet werden.

„Das ist auch ein Thesenpapier“, verglich Strugl die Expertise mit den Thesen Martin Luthers. Es sei „klar, dass wir den Landshaushalt nicht fortschreiben können, sondern massiv verändern müssen“. Die Zeit wirtschaftlicher Erholung sei dafür günstig, „sich zurückzunehmen“. „Die Zeit politischer Geschenke ist vorbei“, sagte Haimbuchner. ÖVP und FPÖ hätten das gemeinsame Ziel: „ein ausgeglichenes Budget.“

■ ROT UND GRÜN: JA, ABER...

Die Reaktionen der anderen Landtagsparteien: SPÖ und Grüne sagten, sie stünden zwar zu einer nachhaltigen Budgetpolitik, versahen dies aber mit einem großen „Aber“.

■ Der Expertenbericht zeige „bekannte Schwächen der ÖVP-Finanzpolitik“ auf, reagierte SP-Klubobmann **Christian Makor**. Einsparungen dürften „keinesfalls zu Lasten der sozial Schwachen“ erfolgen. Makor rügte Förderungen etwa für Denkmalpflege und landwirtschaftliche Investitionen. Dass im SP-geführten Sozialressort seit Jahren die größten Ausgaben anfallen, erwähnte er nicht.

■ Schuldenbremse klinge gut, „aber was heißt das?“ fragte Grünen-Klubobmann **Gottfried Hirz**. Man stehe zu einem sparsamen Umgang mit den vorhandenen Mitteln, „aber genauso braucht es einen politischen Spielraum“, insbesondere für Bildung und Investitionen. Er spreche sich gegen eine „pauschale Kürzung in allen Bereichen“ aus.

Zitiert: Was sagen die Finanzexperten und die Landespolitiker zur finanziellen Lage Oberösterreichs

„Damit das Land im internationalen Vergleich punkten kann, braucht es finanzielle Ressourcen.“



Foto: Weibold

■ **Teodoro Cocca**, Wirtschaftsprofessor an der Kepler-Uni

„Die Gesamtschulden sind die Kenngröße. Sie müssen irgendwann auch zurückgezahlt werden.“



Foto: Land OÖ

■ **Wolfgang Baaske**, Vorstand im Studienzentrum für internationale Analysen

„Man muss feststellen, dass wir die letzten Jahre doch über die Verhältnisse gelebt haben. Unser Weg kann nicht sein, da noch eins draufzupacken.“



Foto: Weibold

■ **Thomas Stelzer**, Landeshauptmann, Finanzreferent (VP)

„Es gibt nichts zu beschönigen, aber auch nichts zu dramatisieren. Doch die Zeit der politischen Geschenke ist vorbei.“



Foto: Schwarzl

■ **Manfred Haimbuchner**, Landeshauptmann-Stellvertreter (FP)

Bauernbund: Auf Auer folgt Strasser

WIEN/NÖCHLING. Jetzt ist fix, was die OÖNachrichten als Erste berichtet haben: Der Bürgermeister der niederösterreichischen Gemeinde Nöchling, Georg Strasser, wird ab Ende August Präsident des ÖVP-Bauernbundes mit österreichweit mehr als 236.000 Mitgliedern.

Strasser tritt die Nachfolge des Oberösterreichers Jakob Auer an. Er bezeichnete die Nominierung von Strasser als „geordnete Hofübergabe“ und „Generationenwechsel“. Strasser zeigte sich in einer ersten Stellungnahme hochmotiviert: „Ich habe Respekt vor dieser Aufgabe.“ Zum neuen ÖVP-Obmann Sebastian Kurz hat er nach eigenen Angaben ein gutes Verhältnis: „Ich kenne ihn seit Beginn seiner Karriere.“

Wohnen für Behinderte: Bedarf steigt bis 2022 an

2086 zusätzliche Plätze werden benötigt – Sozialressort kann 600 Plätze selbst finanzieren

LINZ. Der Bedarf an Wohnplätzen für Menschen mit Beeinträchtigung wird in den kommenden fünf Jahren weiter steigen. Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer (SP) präsentierte gestern die Strategie des Landes, um den Bedürfnissen gerecht zu werden:

4135 Personen leben in Oberösterreich in einer für Menschen mit Beeinträchtigung geeigneten Wohnung. Umfasst sind alle Altersgruppen.

Auf der Warteliste stehen aktuell rund 1000 Personen, die schon heuer dringend einen Platz benötigen würden. Bis 2022 werden laut einer Bedarfsprognose 2086 zusätzliche Plätze gebraucht. Ab diesem Zeitpunkt sollte es aufgrund

natürlicher Fluktuation keine Wartelisten mehr geben.

Die Schaffung der neuen Plätze wird rund 67 Millionen Euro kosten, sagt Gerstorfer. Voraussetzung ist eine effizientere Verwendung der Mittel: Der Fokus wird auf teilbetreutes sowie begleitetes Wohnen gelegt. Vollbetreutes Wohnen soll nur noch ein Drittel des Angebotes ausmachen.

Landeshauptmann sagt Hilfe zu

Die benötigten Plätze sollen stufenweise realisiert werden, da das Sozialressort den Aufwand nur zum Teil aus eigener Kraft stemmen kann: Rund 600 Plätze können selbst finanziert werden, 278 davon werden bereits umgesetzt.



Landesrätin Birgit Gerstorfer (Schwarzl)

Gerstorfer kalkuliert zudem mit 600 weiteren Plätzen, die Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) zugesagt hat. Ebenfalls noch nicht fix sind zehn Millionen Euro, die der Bund mittels Finanzausgleichsgesetz zur Verfügung stellt – damit könnten rund 375 weitere Plätze geschaffen werden. Bleiben noch 703 benötigte Plätze (Volumen: 21,8 Millionen Euro), für die es noch keine Finanzierung gibt.

Gerstorfer verweist auf die Notwendigkeit eines landespolitischen Schulterschlusses, den sie nach Abschluss ihres Projekts „Sozialressort 2021+“ im Herbst einfordern werde: „Wir lassen die Betroffenen nicht im Regen stehen.“ (prel)